

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1376**

Alle Abgeordneten



Achim Wölfel
Landesgeschäftsführer NRW
0221 669 665 13
achim.woelfel@mehr-demokratie.de

04.04.2024

Stellungnahme von Mehr Demokratie e.V. zum Antrag der Fraktion der SPD

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten, Drucksache 18/7196. Für die Anhörung des Hauptausschusses am 18. April 2024 um 13:00 Uhr.

Mehr Demokratie e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Antrag.

Zentrale Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich Ebert Stiftung lassen sich kaum anders als mit Sorge um unsere Demokratie interpretieren. Rechtsextreme Überzeugungen in der Bevölkerung nehmen zu, das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und deren Funktionsfähigkeit sinkt. Hinzu kommt, dass etwa der Krieg in Israel und Gaza und damit verbundene potenzielle Auswirkungen auf hiesige Einstellungen in den Daten der Mitte-Studie zeitlich noch gar nicht berücksichtigt werden konnten. Kurzum: Demokratische Werte und Prinzipien stehen zunehmend unter Druck und es stellt sich die Frage, wie damit umgegangen wird.

Vor diesem Hintergrund ist der Antrag der SPD-Fraktion und das darin vorgebrachte Anliegen – eine Stärkung und Verstetigung von Demokratie-Bildungsmaßnahmen als Reaktion auf diese Entwicklungen – aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.

Demokratien erschöpfen sich nicht in ihrer bloßen formalen Existenz, sie leben von den Menschen, die sie gestalten. Nach unserer Überzeugung werden Menschen dadurch zu Demokratinnen und Demokraten, dass sie demokratische Erlebnisse und damit demokratische Erfahrung sammeln. Wir wissen aus der Forschung, dass diese staatsbürgerliche Sozialisation umso nachhaltiger ist, desto früher sie beginnt. Wer einmal gewählt hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder wählen, wer sich einmal politisch eingebracht hat, wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder tun.

Unter anderem deshalb ist es übrigens auch so sinnvoll, dass die aktuelle Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre festgehalten hat! Klar ist aber auch, nur mit dem legislativen Schritt einer Wahlalterabsenkung ist es nicht getan. Aus diesem erwächst die politische Verantwortung, junge Menschen frühzeitig und umfassend auf ihr Wahlrecht vorzubereiten. Wir verstehen den vorliegenden Antrag demzufolge auch als wichtigen Impuls und Einladung an alle anderen Fraktionen, die sich für eine Ausweitung des Wahlrechts aussprechen, gemeinsam diese Verantwortung zu übernehmen und parteiübergreifend an zielgruppengerechten Konzepten sowie Formaten bei der Begleitung dieses Vorhabens zu arbeiten. Das gilt insbesondere mit Blick auf die kommende Landtagswahl.

Den im Antrag formulierten Vorschlag einer verbindlichen Woche der Demokratie in allen Bildungseinrichtungen des Landes halten wir für einen adäquaten und sinnvollen Ansatz, politische Bildung zu stärken. Einerseits sorgt eine landesweite Vorgabe dafür, dass wirklich flächendeckend für jede und jeden Demokratie-Bildung stattfindet. Viel zu häufig hängt diese nämlich nach wie vor von besonders engagierten Lehrkräften ab und variiert stark von Schule zu Schule bzw. Einrichtung zu Einrichtung. Andererseits erlaubt es ein offener und in hohem Maße anpassbarer Rahmen für die Projektwoche, dass flexibel auf die Gegebenheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Einrichtung eingegangen werden kann. Darauf sollte deshalb auch unbedingt bei der Umsetzung geachtet werden. Hinzu kommt, dass eine einwöchige Projektwoche keinen zusätzlichen Lehrplandruck erzeugt, was den meisten Schulen sicherlich entgegenkommen dürfte.

Besonders wichtig ist aus unserer Sicht, dass das Lehrpersonal umfassend auf eine solche Woche der Demokratie oder etwaige andere Maßnahmen zur Demokratie-Bildung vorbereitet wird. Schon heute sind die Anforderungen an Lehrpersonal quer durch die unterschiedlichen Bildungseinrichtungen immens und nehmen tendenziell eher noch zu. Lehrpersonal darf deshalb mit dieser wichtigen Aufgabe nicht allein gelassen werden und darauf wird richtigerweise im Antrag hingewiesen. Für Trainings des Lehrpersonals sowie die Entwicklung von Konzepten, Formaten und Unterrichtsmaterial müssen entsprechend finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlenswert ist, dass die Zivilgesellschaft aktiv mit einbezogen wird bei der Entwicklung von Schulungs- und Unterrichtsmaterial. So wird bspw. in Bayern derzeit an einer sogenannten Verfassungsviertelstunde gearbeitet, die im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern stand. Einmal wöchentlich soll in allen Bildungseinrichtungen eine Viertelstunde der Demokratie-Bildung gewidmet werden. Im Fokus soll dabei die praktische Anwendung von Demokratie stehen. Gerade bei solchen Formaten sind Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, „aus der Praxis“, sicherlich besonders gut geeignet, um jungen Menschen Demokratie näher zu bringen.

Schließlich – und in dieser Hinsicht könnte der Antrag ggfs. noch ergänzt werden – empfehlen wir eine umfassende wissenschaftliche Evaluation zur Wirksamkeit einzelner Maßnahmen zur Stärkung und Verstetigung von Demokratie-Bildung in den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Dies würde dem Umstand Rechnung tragen, dass viele Konzepte in diesem Bereich noch in den Kinderschuhen stecken bzw. erst erprobt werden müssen. Eine wissenschaftliche Auswertung würde langfristig zur Qualitätssicherung entsprechender Maßnahmen beitragen.